

23.10.2023

Aktuelle Stunde

auf Antrag
der Fraktion der SPD

NRW, bleib sozial! – Das Land muss die soziale Infrastruktur vor dem Kollaps retten

Ausweislich aktueller Medienberichterstattung von Donnerstag, den 19.10.2023, haben sich rund 22.000 Menschen vor dem Landtag NRW versammelt und für den Erhalt der sozialen Infrastruktur unter dem Motto „NRW, bleib sozial!“ demonstriert. Damit war es eine der größten Demonstrationen vor dem Landtag seit Jahrzehnten.¹ Christian Woltering, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW betont: „Unzählige Briefe, Gespräche vor und hinter den Kulissen – doch all unsere Hilferufe verhallen“. Die Situation hat sich mittlerweile so zugespitzt, dass immer mehr Schließungen drohen. Woltering verdeutlicht: „Wenn jetzt nicht gehandelt wird, gibt es bald nichts mehr zu retten!“.² Ohne die soziale Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen steht das Land still.

Um auf die ernste Situation der sozialen Infrastruktur aufmerksam zu machen, sammelten sich um fünf vor 12 Uhr Gruppen aus dem ganzen Land. Viele Kindertagesstätten und Ganztagsbetreuungen blieben am 19.10.2023 deshalb geschlossen. Die Freie Wohlfahrtspflege hatte zur Demonstration Beschäftigte von Kindertagesstätten, Ganztagsbetreuung, Pflege, Betreuung und Beratungsangeboten aufgerufen, um gemeinsam gegen den drohenden Kollaps und für eine auskömmliche Finanzierung, mehr Respekt und Wertschätzung sowie eine gesicherte Qualität und Verlässlichkeit zu demonstrieren. 22.000 Menschen aus dem ganzen Land sind dem Aufruf gefolgt, auch viele Eltern mit Kindern schlossen sich an.

Die Freie Wohlfahrtspflege hatte bereits im Sommer einen Hilferuf an die Landesregierung gerichtet. Inflation und Tarifsteigerungen bedrohen viele Träger essentiell. Maßnahmen der Landesregierung folgten aber nicht und auch im aktuellen Haushaltsplan sind keine ausreichenden Mittel eingeplant. Damit drohen Insolvenzen im sozialen Bereich. Auch weitere aktuelle Entwicklungen wie die Förderrichtlinie „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Förderrichtlinie Ganztagsausbau)“ bei fehlendem Landesausführungsgesetz zum Rechtsanspruch, verschärfen die ohnehin vorhandenen Probleme im Bereich der Ganztagsbetreuung. Die Kommunen haben lange auf diese Richtlinie gewartet, denn bis 2026 müssen sie noch Räume und Plätze in einem großen Umfang schaffen, damit der Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz gewährleistet werden kann. Die Kommunen können

¹ WDR vom 19.10.23. Online unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/demo-landtag-wohlfart-kita-100.html> (Stand: 19.10.23)

² WDR vom 19.10.23. Online unter: <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/demo-landtag-wohlfart-kita-100.html> (Stand: 19.10.23)

jetzt Gelder beantragen, wissen aber noch nicht was sie damit bauen können. Die Kommunalen Spitzenverbände kritisieren zudem, dass das Finanzierungskonzept der Förderrichtlinie, welches trotz der vehementen Kritik und der zahlreichen Brandbriefe der kommunalen Familie und der OGS-Träger keine auskömmliche Finanzierung der notwendigen Investitionen zur Umsetzung des Ganztagsanspruchs beinhaltet. Wie so der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung gewährleistet werden soll ist völlig unklar. Aufgrund der derzeitigen Entwicklung steht ein Großteil der Träger, und damit Wohlfahrtsverbände und kirchliche Träger, an der Grenze der Tragfähigkeit. In Folge dessen stehen auch die Kommunen mit der Aufgabe Kitaplätze und Plätze im Offenen Ganztage zu ermöglichen, vor schwerwiegenden Problemen. Um einen Kollaps bei den Trägern als auch bei den Kommunen zu verhindern, ist ein umgehendes Handeln des Landes kurzfristig unabdingbar.

Ziel muss es jetzt sein, dass eine schnelle und vor allem soziale Lösung gefunden wird, um die soziale Infrastruktur des Landes vor dem Kollaps zu retten und den Beschäftigten Wertschätzung und Anerkennung entgegen zu bringen. Eine Landesfinanzierung muss so ausgestaltet sein, dass sie Sicherheit gibt, den Beschäftigten attraktive Bedingungen bietet und eine umfassende Betreuung ermöglicht. Nur so kann eine verlässliche und qualitative soziale Arbeit garantiert werden. Ohne Kitas, Ganztagsbetreuung, Pflege, Betreuung und Beratung steht unser Land still und die Zukunft unserer Kinder wird riskiert. Jetzt ist es an der Zeit zu handeln, damit nicht noch mehr Einrichtungen schließen. Aufgrund der überragenden Bedeutung des Themas besteht ein dringendes öffentliches wie auch parlamentarisches Interesse, dass der Landtag in einer Aktuellen Stunde debattiert, wie die soziale Infrastruktur des Landes vor dem Kollaps gerettet werden soll und wie die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung garantiert werden kann.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Thorsten Klute
Dilek Engin
Dr. Dennis Maelzer

und Fraktion